



HESSISCHER LANDTAG

04. 04. 2023

Kleine Anfrage

Christiane Böhm (DIE LINKE) und Petra Heimer (DIE LINKE) vom 17.02.2023**Aus- und Weiterbildung in der Pflege****und****Antwort****Minister für Soziales und Integration**

Vorbemerkung Fragestellerinnen:

Laut Hessischem Pflegemonitor wurden 2020 von ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie von Krankenhäusern und Rehabilitationskliniken in Hessen 19.120 Pflegekräfte gesucht. Zukünftig werden aufgrund des altersbedingten Ausscheidens noch mehr Pflegekräfte benötigt. Die Aufgabe der hessischen Landesregierung ist es, vor diesem Hintergrund alle Möglichkeiten zu nutzen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, mehr Fachkräfte zu gewinnen.

Vorbemerkung Minister für Soziales und Integration:

Aufgabe der Landesregierung ist die Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Dies leistet die Landesregierung insbesondere durch die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe der Finanzierung und Sicherstellung der Ausbildung in den Pflege- und Gesundheitsberufen sowie durch die Unterstützung von Arbeitsgeberinnen und -gebern sowie Ausbildungspartnerinnen und -partnern im Rahmen des neuen Bündnisses Fachkräftesicherung. Hier haben die für die Fachkräftesicherung zuständigen Arbeitsmarktakteurinnen und -akteure zahlreiche Maßnahmen der Fachkräftesicherung vereinbart. Zur Herstellung von Transparenz des Pflegearbeitsmarkts für die Planung von Ausbildungskapazitäten oder Anwerbeerfordernissen sowie zur weiteren Entwicklung von Maßnahmen der Fachkräftesicherung stellt die Landesregierung allen Akteurinnen und Akteuren und fachlich Interessierten den regelmäßig fortgeschrieben und aktualisierten Hessischen Pflegemonitor zur Verfügung.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie viele Pflegekräfte (angelernte bzw. qualifiziert angelernte), Pflegehilfskräfte (einjährige Ausbildung), Pflegeassistentenkräfte (zweijährige Ausbildung) und Pflegefachkräfte aller Spezialisierungen gibt es in Hessen?

Frage 2. Wie verteilen sich diese auf die Versorgungsformen (incl. Arbeitnehmerüberlassung)?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Laut Hessischem Pflegemonitor liegen die letzten amtlichen Beschäftigtenzahlen für das Jahr 2019 vor. Sie stellen sich wie folgt dar:

Im Jahr 2019 waren in stationären Altenpflegeeinrichtungen insgesamt 54.832 Pflegekräfte beschäftigt. Die größte Gruppe bildeten die angelernten Pflegehilfskräfte (ohne Examen) im Umfang von 30.661 Personen, gefolgt von der Berufsgruppe der Altenpflegerinnen und -pfleger im Umfang von 14.966 Personen, examinierten Altenpflegehelferinnen und -pflegehelfer im Umfang von 4.602 Personen, Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger im Umfang von 3.383 Personen, examinierten Krankenpflegehelferinnen und -pflegehelfer im Umfang von 990 Personen und 230 Personen mit der Qualifikation der Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin bzw. -pfleger.

In den ambulanten Pflegeeinrichtungen waren im Jahr 2019 insgesamt 31.568 Personen beschäftigt. Die größte Berufsgruppe waren die Altenpflegerinnen und -pfleger mit 6.971 Personen, gefolgt von den Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pflegern mit 6.149 Personen, examinierten Altenpflegehelferinnen und -pflegehelfern mit 2.145 Personen, examinierten Krankenpflegehelferinnen und -pflegehelfern mit 1.226 Personen und angelernten Pflegehilfskräften im Umfang von 14.750 Personen.

In hessischen Krankenhäusern waren im Jahr 2019 insgesamt 36.456 Pflegekräfte beschäftigt. Den weitaus größten Teil bildete mit 30.658 Personen die Berufsgruppe der Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger gefolgt von 2.919 Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pflegern, 1.553 examinierten Krankenpflegehelferinnen und -pflegehelfern, 1.233 Altenpflegerinnen und -pflegern und 93 examinierten Altenpflegehelferinnen und -pflegehelfern.

In hessischen Rehabilitationskliniken waren 2019 insgesamt 1.955 Pflegekräfte beschäftigt. Auch hier bildete mit 1.577 Personen mit der Qualifikation der Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger die größte Gruppe, gefolgt von examinierten Krankenpflegehelferinnen und -pflegehelfern im Umfang von 194 Personen, Altenpflegerinnen und -pflegern im Umfang von 138 Personen, 29 Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pflegern und 17 examinierten Altenpflegehelferinnen und -pflegehelfern. An- oder ungelernte Pflegehilfskräfte (ohne Examen) gibt es in Krankenhäusern nicht.

Da noch keine Absolventinnen und Absolventen der Pflegeausbildung nach dem Pflegeberufegesetz auf dem Markt sind (erster Prüfungsdurchgang im Jahr 2023), können diese Kräfte noch nicht in Beschäftigung sein. Ersatzweise können nur die Anfängerzahlen nach Vertiefungsschwerpunkt der Pflegeausbildung ausgewiesen werden. Zahlen für das Jahr 2022 liegen nicht vor.

Anfängerinnen und Anfänger im Ausbildungsberuf Pflegefachfrau / Pflegefachmann nach Versorgungsbereichen der praktischen Träger									
Insgesamt am 31.12.		Krankenhaus		Stationäre Pflegeeinrichtung		Ambulante Pflegeeinrichtung		Art des Trägers liegt nicht vor	
2020	3.377	1.769	52,4 %	731	21,6 %	155	4,6 %	722	21,4 %
2021	3.493	1.970	56,4 %	1.081	30,9 %	247	7,1 %	195	5,6 %

Von den 3.377 Anfängerinnen und Anfängern im Jahr 2020 haben 1.769 Auszubildende ihre Ausbildung in einem Krankenhaus (stationäre Akutpflege 52,4 %), 731 Auszubildende in einer stationären Altenpflegeeinrichtung (stationäre Langzeitpflege 21,6 %) und 155 Auszubildende bei einem ambulanten Dienst (ambulante Akut/Langzeitpflege 4,6 %) begonnen.

Von den 3.493 Anfängerinnen und Anfängern im Jahr 2021 haben 1.970 Auszubildende ihre Ausbildung in einem Krankenhaus (stationäre Akutpflege 56,4 %), 1.081 Auszubildende in einer stationären Altenpflegeeinrichtung (stationäre Langzeitpflege 30,9 %) und 247 Auszubildende bei einem ambulanten Dienst (ambulante Akut/Langzeitpflege 7,1 %) begonnen.

Zum Bereich der Arbeitnehmerüberlassung liegen der Landesregierung keine absoluten Zahlen vor. Nach den Angaben des Hessischen Pflegemonitors gaben 10 % der ambulanten Pflegeeinrichtungen, 55 % der stationären Pflegeeinrichtungen und 65 % der Krankenhäuser für das Jahr 2020 an, dass sie dauerhaft oder gelegentlich Leiharbeitskräfte eingesetzt haben.

Frage 3. Wie viele Ausbildungsplätze für Pflegehilfs-, -assistent- und -fachkräfte gibt es im Land?

Nach den Daten der Schülerstatistik des Hessischen Statistischen Landesamts befanden sich zum Stichtag 1. Oktober 2022 in der Altenpflegehilfe 1.130 Ausbildungsplätze. Zum Stichtag 1. Oktober 2022 befanden sich in der Krankenpflegehilfeausbildung 238 Ausbildungsplätze. Die Zahl der Ausbildungsplätze in der Krankenpflegehilfe ist unterschätzt, da es bisher keine gesetzliche Verpflichtung der Krankenpflegehilfeschulen gab, diese Daten bereitzustellen. Eine gesetzlich verankerte Pflicht besteht mit dem Hessischen Krankenpflegehilfegesetz seit 9. Dezember 2022, so dass für die Jahre ab 2023 eine zuverlässigere Datenlage für die Krankenpflegehilfeausbildung gegeben sein wird.

Die Anzahl der Ausbildungsplätze in der Pflegeausbildung nach dem Pflegeberufegesetz beträgt geschätzt rd. 10.000 Ausbildungsplätze (Anfängerinnen und Anfänger 2020 und 2021 zzgl. Schätzung der Anfängerinnen und Anfänger 2022).

Frage 4. Wie hoch ist der Anteil (absolut und prozentual) an dualen Studierenden in der Fachkraftausbildung?

Frage 5. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung die Anzahl zu erhöhen?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Das Studium nach § 37 Pflegeberufegesetz ist rechtlich als primärqualifizierendes Vollzeitstudium geregelt und nicht als duales Studium kombiniert mit einer beruflichen Erstausbildung. Die Studierenden sind somit keine Auszubildenden der beruflichen Ausbildung nach Teil 2 des Pflegeberufegesetzes, die zusätzlich ein duales Studium absolvieren. Die Hochschulen können das Studium jedoch im Sinne eines berufsbegleitenden Studiums gestalten und somit auch für berufserfahrene Personen als Weiterbildungsstudium anbieten, die über eine fachbezogene Hochschulzugangsberechtigung verfügen.

Frage 6. Gibt es aus Kapazitätsgründen zurückgewiesene Bewerbungen?

Im Bereich des Studiums nach § 37 Pflegeberufegesetz wurden bisher keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber aus Kapazitätsgründen zurückgewiesen.

Bezüglich der beruflichen Ausbildung in den verschiedenen Pflegeberufen ist nicht erkennbar, ob Bewerberinnen und Bewerber aus Kapazitätsgründen abgewiesen werden mussten. Es scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein, denn im Jahr 2020 konnten nach den Erhebungsdaten des Pflegemonitors für die Ausbildungen nach dem Pflegeberufegesetz 91 % der Ausbildungsplätze in Krankenhäusern und 87 % in der Krankenpflegehilfesausbildung besetzt werden. In der Altenhilfe konnten 76 % der angebotenen Ausbildungsplätze für die Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz und 77 % der angebotenen Ausbildungsplätze in der Altenpflegehilfesausbildung besetzt werden.

Frage 7. Welche Möglichkeiten gibt es in Hessen zur berufsbegleitenden Qualifizierung von Pflegeunterstützungskräften (ohne Ausbildung)?

Für Anbieter von Angeboten zur Unterstützung im Alltag im Sinne von § 45a Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) sowie den entsprechenden leistungserbringenden Personen bestehen nach der Hessischen Pflegeunterstützungsverordnung (PfluV) Möglichkeiten, von der vielfach geforderten sogenannten Basisqualifikation gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b) PfluV bis zu zehn Stunden im ersten Jahr des Angebots, also berufsbegleitend zu absolvieren.

Ferner sind nach § 7 Abs. 1 PfluV Schulungen und Fortbildungen, die auf das jeweilige Angebot und die jeweilige Zielgruppe ausgerichtet sind, im Umfang von mindestens vier Unterrichtsstunden jährlich oder acht Unterrichtsstunden alle zwei Jahre vorgesehen. Es steht den leistungserbringenden Personen frei, wann und bei welchem Schulungsanbieter sie diese Fortbildungen wahrnehmen.

Frage 8. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung vor, um Ausbildungskapazitäten in der Pflege und anderen Gesundheitsberufen auszubauen?

Im Bereich der Gesundheitsfachberufe und Pflegeberufe engagiert sich die Landesregierung seit vielen Jahren im besonderen Maße und auf mehreren Ebenen:

- Sicherstellung der Finanzierung der Ausbildungen in den Pflege- und Gesundheitsfachberufen (Pflegeausbildungsfonds, Schulgeldfreiheit an freien Schulen der Gesundheitsfachberufe, Finanzierung von ausbildungsintegrierter Sprachförderung, Finanzierung von Mietkosten für ehemalige Altenpflegeschulen),
- Ausbildungspakt zur Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung,
- Förderung der Pflegeschulen aus dem Digitalpakt,
- Förderung der Lernortkooperation und der Entwicklung von Ausbildungsverbünden,
- Förderung der hessischen Hochschulen für das neue Studium nach dem Pflegeberufegesetz im Rahmen des Hochschulpakts,
- Förderung des Aufbaus von Studiengängen durch zusätzliche Projektmittel,
- Beratungsangebote für Auszubildende, Pflegeschulen und Betriebe,
- Beratungsangebot des Pflegequalifizierungszentrums für internationale Pflegefachkräfte und Betriebe,

- Anpassung der Anerkennungsmaßnahmen und Kenntnisprüfungen für internationale Pflegefachkräfte,
- Förderung der Pilotierung der Umsetzung der neuen Anpassungsmaßnahmen und Kenntnisprüfungen für internationale Pflegefachkräfte,
- Weiterentwicklung der Altenpflegehilfe- und der Krankenpflegehilfeausbildung durch die Entwicklung eines gemeinsamen schulischen Rahmenlehrplans mit dem Ziel, einen besseren Übergang in die anschließende generalistische Pflegeausbildung sicherzustellen,
- Begleitende regionale Informations-, Vernetzungs- und Fachveranstaltungen zum Thema Ausbildung und ausländische Anerkennung,
- Neues Fachkräftebündnis – Fokusgruppe Pflege und Gesundheit sowie
- Einführung einer Landarztquote/Stipendien.

Frage 9. Wurde die Errichtung staatlicher Berufsschulen für Gesundheits- und Pflegeberufe zur langfristigen Sicherung des Personalbestandes ins Auge gefasst?

Die Zuständigkeit für die Schulen der reglementierten Gesundheitsfachberufe im Sinne der EU-Richtlinie 2005/36/EG liegt bei den Ländern. Es steht somit den Landesregierungen frei, die Zuständigkeit nach der Geschäftsverteilung festzulegen.

In Hessen liegt sie ausschließlich beim Ministerium für Soziales und Integration in seiner Funktion als oberste Landesgesundheitsbehörde. Der unmittelbare Sachzusammenhang von Berufsrecht der reglementierten Gesundheitsfachberufe zu den Fragen der Berufszulassung, Berufsausübung, der Sicherstellung des Patientenschutzes und der Gefahrenabwehr sowie der bestehenden Schnittstellen zum Leistungsrecht nach SGB V und SGB XI führt konsequenterweise zu einer Verortung im Fachressort für Gesundheit. Im Übrigen liegt deshalb in den Ländern, in denen eine Zuständigkeit für die Ausbildung bei den Kultusressorts besteht, regelhaft die Federführung für das Berufsrecht bei den obersten Gesundheitsbehörden. So wurde bspw. in Berlin im Zuge der Pflegeberufereform die „Doppelzuständigkeit“ von Bildungs- Gesundheitsressort durch die alleinige Zuständigkeit des Gesundheitsressorts abgelöst. In anderen Ländern wie bspw. Rheinland-Pfalz wurde im Zuge der Pflegeberufereform geprüft und davon Abstand genommen, die ehemaligen Krankenpflegesschulen unter das Schulrecht zu fassen. Dort, wo tatsächlich an öffentlichen Berufsfachschulen in staatlicher Trägerschaft Ausbildungsplätze in der Pflegefachausbildung angeboten werden (wie Rheinland-Pfalz) gibt es im Sinne des Schulrechts immer auch staatlich anerkannte Pflegeschulen in unterschiedlichster Trägerschaft (private Ersatzschulen).

Insofern wird durch die hessische Verortung ein Abstimmungsaufwand zwischen unterschiedlichen Ressorts vermieden und die Zuständigkeitsregelung hat sich bewährt.

Frage 10. Ist geplant den Ausbildungsgang zur Pflegeassistenz (zweijährig), wie z.B. in der Hansestadt Hamburg angeboten, auch in Hessen einzuführen?

Nein.

Wiesbaden, 3. April 2023

Kai Klose